2026-11-12, Transkript Audio FIS-Forum 2026, Panel 4

00:00:00 Prof. Dr. Michael Opielka
Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zu unserem Panel 4 und Sie bitten, die vernetzenden Gespräche ein bisschen zu reduzieren und am besten einzustellen, weil wir hier einen kleinen Raum haben und einige unvorhergesehene Entwicklungen dazu führen, dass wir ein bisschen improvisieren müssen. Erstmal ganz herzlichen Dank, dass Sie hier im Panel da sind. Mein besonderer Dank gilt aber unseren Gästen auf dem Panel, die beiden, die Sie hier oben rechts oben auf dem Bildschirm sehen, ganz klein ist Frau Annika Klose, Sprecherin und Obfrau der SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales und oberhalb von ihr auf unserem Bildschirm Prof. Armin Grau, Sprecher für Arbeit der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Hier vorne am Panel finden Sie neben mir sitzend, also von Ihnen aus links gesehen, von mir aus rechts, Prof. Constant, berühmt geworden durch ihre erfolgreiche Moderation und Leitung Staatssicherungskommission. Ganz links, das mache ich jetzt ein bisschen richtig gut. Ganz links Stefan Bach. Stefan Bach, der deutsche berühmteste Deutsche. Stefan Stefan, deutsche Steuerforscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Daneben Frank Nullmeier, oft schon gerühmt hier der Co Direktor des DIFIS und neben mir Wolfgang Strengmann Kuhn, langjähriger Bundestagsabgeordneter und seit einigen Jahren auch Fellow im ISÖ. Mein Name ist Michael Opielka. Wir müssen aufgrund der von der Moderatorin angekündigten Verschiebungen im Bundestagsablauf unsere Sitzung verändern, hier das Panel verändern. Wir beginnen mit dem eigentlich für den zweiten Teil vorgesehenen Diskussion mit den Kolleginnen aus dem Bundestag. Dazu wird Wolfgang Steinmann Kuhn einige wenige Worte vorab Du kannst sie schon ans Pult stellen sagen um, weil wir mit Ihnen hier über den politischen Prozess diskutieren wollen, vor allem der eine so weitreichende Reform ermöglicht. Ein Satz zu dem Thema. Das Thema unserer Sitzung heute ist vor allem das Verhältnis durch das diffis unterstützte und von drei der hier Anwesenden entwickelte Modell ISTS. Wir haben dazu eine Reihe von Workshops in diesem Sommer durchgeführt. Einige von denen, die hier sind, waren auch dabei gewesen. Wir haben diese Workshops und die Auswertung veröffentlicht in der vergangenen Woche in einer neuen DeFi Studie. Wir können nicht davon ausgehen, dass Sie alles gelesen haben, das wäre zu sportlich. Der Kerngedanke, und um den geht es uns heute auch, ist die Ist es sinnvoll im Bereich der Existenzsicherung, des Existenzminimums, der Garantie des Existenzminimums eine Integration von Steuer und Transfersystem vorzunehmen. Das ist die Grundsatzfrage. Die Idee bei uns war Kindergeld für alle, wenn man sehr vereinfacht. Meine Kollegen werden es noch viel schöner, präziser ausformulieren. Ich beende mit meiner Moderatorenrunde und übergebe hiermit an Wolfgang zur Einführung des ersten Blocks. Wir müssen uns ein bisschen sputen, weil nur die Kollegen aus dem Bundestag nur bis um 13 Uhr 40 hier dabei sein können. Wolfgang,.

00:03:10 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Vielen Dank. Funktioniert. Schönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hallo Armin, Hallo Annika. Die beide Ex Kollegen von mir aus dem Bundestag sind, hätte euch gern persönlich getroffen. Es gibt nicht nur eine namentliche Abstimmung, sondern es gibt auch noch eine Sonderausschusssitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Also ist viel in Bewegung. Insofern umso schöner, dass ihr beide da seid. Der Kollege Stefan Nacke musste leider absagen, weil es in der CDU vor dieser Ausschusssitzung noch Klärungsbedarf gibt. Aber so haben wir zumindest jemanden aus einer Regierungsfraktion und einem Vertreter einer Oppositionsfraktion dabei. Ich habe meinen Input noch ein kleines bisschen verkürzt. So jetzt muss es mit der Maus gehen, Das tut es nicht. Doch jetzt geht es. Also was da steht, ist, man kann es nicht ganz sehen, die Überschrift aus einem Unterkapitel dieser neuen Studie, Kapitel 7 vier Transformationsprozesse. Und da haben wir fünf Phasen mal vorgetragen oder skizziert, die es geben sollte. Das ganze Kapitel heißt Reformperspektiven. Also da geht es auch um die politischen Geschichten. Die erste Phase, da sind wir eigentlich mittendrin. Erste Stufe der Umsetzung der Empfehlung der Sozialstaats. Ich hatte mal gehört, dass noch im Herbst es Referentenentwürfe dazu geben soll. Vielleicht können die beiden Abgeordneten dazu was zu dem Stand der Dinge sagen. Das klingt alles sehr einfach, ist aber schon relativ komplex. Wobei das diepis hat diverse Studien auch vergeben, in die die Politik dann reingucken kann und mal schauen kann, zum Beispiel Einkommensbegriffe und ähnliches. Aber da soll jetzt eigentlich in diesem Jahr noch was passieren. Das wäre die erste Phase. Die zweite Phase gehört auch noch zu den Empfehlungen der Sozialstaatskommission. Das ist angedacht fürs nächste Jahr. Das ist jetzt hier so harmlos, steht das hier als ein Punkt. Das ist aber eigentlich schon eine Riesennummer. Ich war sehr überrascht, dass die Sozialstaatskommission das überhaupt hingekriegt hat, dann einen Vorschlag zu machen. Aber da sind noch viele Fragen offen, die jetzt geklärt werden müssen, auch gesetzgeberisch. Zwei Dinge sind meines Erachtens da. Erstens, dass man da wirklich neu denkt und nicht einfach nur Bausteine aus den bisherig bestehenden Gesetzen nimmt und die zusammenschreibt und sagt, das ist ein Gesetz. Das war ein Problem von vielen. Bei der Kindergrundsicherung. Annika und ich haben die Kindergrundsicherung mit verhandelt. Da hat man sich zu stark eigentlich an den Regelungen von Kinderzuschlag und Grundsicherung orientiert. Man hätte es eigentlich neu denken müssen. Das wäre hier auch wichtig. Und der zweite wichtige Punkt ist, dass unseres Erachtens man bei dieser zweiten Phase schon an die nächsten Phasen denken muss, weil wir haben ja dann eine Zusammenlegung, wo dann Wohngeldbeziehende, Kinderzuschlagbeziehende zu den Jobcentern noch zusätzlich dazukommen, zu den Sozialämtern. Und das führt da ja zu einem höheren bürokratischen Aufwand. Jetzt ganz unabhängig, ob jetzt Steuersystem oder anders, müsste man die weiteren Phasen mitdenken. Und das nächste wäre dann nämlich zu gucken, wie kriegt man das tatsächlich hin, zumindest einzelne Leistungen erstmal zu automatisieren. Und die vierte Phase wäre dann tatsächlich das rauszuziehen aus den Jobcentern, denen dadurch zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen. Und der Endpunkt wäre dann die fünfte Phase, eine institutionelle Konsolidierung, eine integrierte Steuer, Transfersystem oder was auch

immer. Das ist alles im Fluss, ist auch nicht der Endpunkt. Zu den politischen Prozessen könnte ich jetzt noch viel sagen. Zeitsymbol gekriegt, was alles mitzudenken ist bei diesen Prozessen. Man muss die Opposition mitdenken. Da gibt nachher noch einen Input von Frank, der die einzelnen Punkte noch mal, glaube ich, darstellt. Das passt, glaube ich, ohne dass wir das abgesprochen haben, zusammen. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht ganz unwichtig, Wissenschaft nicht zu vergessen hier, aber diese ganzen Verwaltungsebenen, auch das ist was, wo man aus den vergangenen Prozessen durchaus lernen kann. Bin ich jetzt gespannt, was die beiden Bundestagsabgeordneten jetzt zu dem weiteren Prozess darf.

00:07:42 Prof. Dr. Michael Opielka
Wunderbar, vielen Dank. Ich übergebe das Wort gleich mal an Annika Klose. Könnten wir das so machen, dass man die beiden groß sehen kann am Bildschirm? Frau Klose, legen Sie einfach mal los. Sie sind mitten im Geschäft, mitten im Saft. Wir sind gespannt.

00:08:01 Annika Klose, MdB
Ja, erstmal herzliche Grüße von mir in die Runde. Danke, dass das jetzt kurzfristig auch digital möglich ist. Ich freue mich sehr, heute hier in den Austausch zu kommen mit euch und mit Ihnen. Und ich glaube, dass wir da grundsätzlich in eine sehr ähnliche Richtung gucken. Ich war ja auch Mitglied der Sozialstaatsreformkommission, die im Januar ihre Ergebnisse vorgestellt hat. Ein bisschen was haben wir dazu von Kuhn ja auch gerade schon gehört. Und tatsächlich ist es so, dass die Kommission ja auch vorgeschlagen hat, dass vor allem die steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammengeführt werden sollen, dass wir aber auch Rechtsvereinfachungen brauchen und dass wir insgesamt dafür sorgen wollen, dass der Sozialstaat bürgerfreundlicher wird, dass eben wir auch eine bessere Online Zugänglichkeit haben, also eine einheitliche digitale Plattform und dass wir einen Datenaustausch ermöglichen. Und da ist es so, dass im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch extra eine neue Fachabteilung eingerichtet wurde, wo auch Expertise aus den Ländern mit hinzugezogen wurde und man fleißig daran arbeitet, das jetzt eben auch in Gesetzesform umzusetzen. Das Rechtsvereinfachungsgesetz ist jetzt das erste, was ins Verfahren kommen wird. Das ist jetzt auch in der Frühkoordinierung. Da geht es eben, wie gesagt, um zum Beispiel die Angleichung von Rechtsbegriffen. Und dann rechne ich damit, dass wir gegen Ende diesen Jahres, Anfang nächsten Jahres auf dem Gesetzesvorschlag sehen werden zur Integration der verschiedenen Sozialleistungen. Außerdem hatten wir jetzt im September den Startschuss für die Roadmap zur Digitalisierung. Da gibt es eben auch ein Expertengremium, was tagt. Und das ist jetzt eben diese Frage der digital zugänglichen Plattform, wo Anträge einheitlich in allen Bundesländern und Kommunen erarbeitet werden, also was erarbeitet werden soll, dass man einheitliche Anträge hat und eben auch digital einheitlich zugreifen kann. Das ist also alles auf dem Weg. Das ist jetzt so, ich würde sagen, im letzten dreiviertel Jahr dann in der inhaltlichen Diskussion leider so ein bisschen ins Stocken geraten, also nicht in der Arbeit erraten, sondern in dem, wie es in der Öffentlichkeit diskutiert und betrachtet wird.

Das finde ich sehr schade, dass eben andere Diskussionen das jetzt sehr Stachel Kommission auch sehr stark überlagert haben, auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Und das ist aber so, dass das jetzt tatsächlich umgesetzt wird. Und es ist eben auch eine Lehre ein Stück weit aus den Verhandlungen rund um die Kindergrundsicherung, die Wolfgang und ich in vielen Stunden miteinander geführt haben, wo am Ende ja keine Kindergrundsicherung leider bei rumkam, aber wir viele, viele, viele Problemstellen gefunden haben, warum das eben in Deutschland gar nicht so einfach ist, diese Zusammenarbeit, Zusammenführung der Systeme zu machen. Ich sage es ganz ehrlich, ich hätte mir jetzt ganz grundsätzlich eigentlich auch noch eine stärkere Integration der Sozialleistung gewünscht. Dafür braucht es aber eben eine Grundgesetzänderung, damit wir das wirklich ebenenübergreifend zusammenführen können. Und für diese Grundgesetzänderung ist leider die Mehrheit gerade sehr fraglich. Ich meine, es ist Ihnen ja allen bekannt, dass die Union größere Schwierigkeiten damit hat, das Gespräch mit der Partei Die Linke dazu zu suchen bzw. Fraktion und so Mehrheiten zu organisieren, sodass man sich eben in der Sozialstaatsreformkommission auch von Anfang an gesagt hat, das wäre eigentlich ganz gut mit der Grundgesetzänderung. Das wünscht man sich, aber man schreibt auch einen Plan B rein für den Fall, dass man das eben jetzt kurzfristig nicht umgesetzt kriegt, aber dass nicht alles am Ende genau daran hängt. Und da stehen wir jetzt halt. Also jetzt wird gerade daran gearbeitet, weiterhin zwei unterschiedliche Systeme zu haben, also zwei unterschiedliche Anlaufstellen quasi, eine für erwerbsfähige und eine für nicht erwerbsfähige Personen quasi, beziehungsweise für die, die in Arbeit sind, nicht arbeiten können. Und das ist aber die Variante B. Also eigentlich müsste es darum gehen, perspektivisch das alles zusammenzuziehen und Ihr Konzept, wie Sie das erarbeitet haben bzw. Ihr Studie, die geht da ja auch noch ein paar Schritte weiter und ist sicherlich eher ein bisschen Vision und Zukunftsmusik. Aber was ich, also ich, ich begrüße das auf jeden Fall total. Ich finde das extrem interessant, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Hätte es schön gefunden, wenn wir das jetzt in Präsenz vielleicht auch ein bisschen intensiver hätten tun können. Aber zumindest geht es in dieselbe Richtung, würde ich sagen. Und das ist ja vielleicht schon mal für alle Beteiligten eine gute Nachricht.

00:12:18 Prof. Dr. Michael Opielka
Frau Klose, ganz herzlichen Dank. Das können Sie natürlich in der Zukunft gerne noch wieder aufgreifen, weil es gibt ja nicht nur das DIFIS Forum, es gibt ja auch noch Ihre Partei, es gibt den Bundestag. Also wir freuen uns darauf, wenn wir weitere Diskussionen führen können. Das fängt ja gerade auch insoweit gerade erst an. Ganz herzlichen Dank für den ersten Input. Armin Grau, kannst du den Faden weiterspielen?

00:12:40 Prof. Dr. Armin Grau. MdB
Ja, das mache ich gerne. Ich kann natürlich gar nicht so viel aus dem Innenleben des BMAs erzählen wie Annika. Klose. Ich habe mich gerade schon gefreut darüber zu hören, dass ein Rechtsvereinfachungsgesetz jetzt schon in der Frühkoordinierung ist. Das ist ja

gut zu hören. Als Oppositionsfraktion wussten wir, dass so ein Gesetz geplant ist. Und ich habe mal gehört mit der Zielsetzung, es abzuschließen bis zum Sommer. Und wenn das jetzt in der Frühkoordination ist, dann ist das ja schon mal ganz gut als erster Schritt. Ich bin mal gespannt, was da dann alles drinsteht. Da wird es wahrscheinlich um eine Vereinheitung von verschiedenen Rechtsbegriffen, Einkommensbegriff und Ähnlichem gehen und was da dann sonst noch alles kommt. Da bin ich.

00:13:29 Prof. Dr. Michael Opielka
Kurzer, knapper Input. Armin, du kannst ruhig noch inhaltlich ein bisschen mehr sagen zu dem Modell und zu der Diskussion. Also das würde uns schon interessieren, welches Modell jetzt, Entschuldigung, unser heutiges Panel Thema, also ISTS und KSR, also die Frage der Integration, Steuertransfersystem. Vielleicht kannst du.

00:13:45 Prof. Dr. Armin Grau. MdB
Dazu auch nochmal um den Stand, um den Schritt und dass wir dann noch mal über Fragen tiefer einsteigen. Aber das kann ich gern machen. Also ich denke, die Sozialstaatskommission der Bundesregierung hat viele richtige Empfehlungen, viele gute Empfehlungen abgegeben, gar keine Frage. Aber euer Modell, das hat Klose ja schon zu Recht gesagt, geht natürlich noch mal deutlich weiter. Ist natürlich auch etwas, was dann noch stärker die Zukunft weist und kaum, glaube ich, in dieser Legislaturperiode so umgesetzt werden kann, aber vielleicht eben vorbereitende Schritte noch mehr hier gemacht werden können. Ich mein, die Reichweite der beiden Modelle unterscheidet sich natürlich schon sehr weitgehend. Ich meine, euer Modell ist so ein richtig universalistischer Ansatz ohne jede Bedarfsprüfung, muss man sagen. Darüber muss man ja auch mal diskutieren. Ist das dann so der ganz tragfähige Ansatz für alles und welche Kosten löst es dann auch aus? Wie ist das eigentlich mit einer Vermögensprüfung? Einkommensprüfung ist ja dann natürlich integriert, aber die Vermögensprüfung eben nicht. Und ihr habt natürlich jede Menge Vorteile mit eurem Ansatz. Das ist ein no Stop, wenn man so will, Ja, zunächst mal. Und nur für Zusatzleistungen dann ein One Stop Shop, während das KSR Modell ja ein Rollstop Shop ist. Der würde ja zunächst mal auch die Jobcenter zusätzlich belasten, weil sie sich um etliche Menschen zusätzlich kümmern müssen, auch ein sich Nachteil. Und ihr habt natürlich mit eurem System auch eine deutliche Entstigmatisierung, weil eine direkte Leistungszuweisung über die Steuerverwaltung dann gehen würde. Man könnte jetzt natürlich noch eine Menge sagen über den Vergleich zwischen beiden Systemen. Ich denke, wenn wir jetzt erste Schritte machen im Rahmen der Empfehlungen der KSR, ist das jetzt, glaube ich, mal richtig. Und dann wird man den Diskussionsfahrten eben dann immer weiter spinnen müssen und gucken müssen, dass wir eben auch noch mal etwas weiter kommen. Die Frage wird dann eben sein, ich habe es gerade schon angedeutet, wird schon die Frage Was kostet das am Ende, wenn man euer System weiterverfolgt? Weil das ist ja im Moment noch nicht richtig.

00:16:23 Prof. Dr. Michael Opielka
Durchgerechnet. Danke vielmals. Wir haben jetzt noch etwa 15 Minuten Zeit mit euch beiden, sodass wir die Zeit nutzen wollen, den Tagesordnungspunkt Diskussion mit den Panel Teilnehmen jetzt auch zu machen. Also meine Frage an meine anderen vier, die vier Mitglieder des Panels, Wer von Ihnen, wer von euch möchte denn schon mal hier auch ins Gespräch mit den beiden Kolleginnen aus dem Bundestag gehen? Frau Janda, Sie vielleicht? Sehr.

00:16:47 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Schön.

00:16:49 Prof. Dr. Constanze Janda
Ja, erstmal hallo Annika. Hallo Herr Grau. Schön, dass wir uns zumindest aus der Ferne sehen. Was mich immer umtreibt bei diesem Gedanken. Ich bin ein sehr großer Anhängerin der Vereinfachung des Rechts und ich gehe jetzt mal gezielt auf den Punkt des universellen Systems, weil das auch so ein Punkt ist, der mich in der Forschung beschä Einbeziehung von Migrantinnen in die Leistungsberechtigten und in ihrem Modell wird ja gesagt, wir machen gar keine Unterscheidung. Einfach wer hier ist, nicht mal unbedingt, wer steuerpflichtig ist, soll auch von diesem Modell profitieren können. Und dann möchte ich nur so einen ganz leisen Zweifel sehen an der politischen Umsetzbarkeit und möchte auch noch in den Raum werfen, dass es da unwahrscheinlich viele Verknüpfungen und Verkettungen gibt. Also wir gucken hier nicht nur auf das Sozialrecht, sondern auch auf die Querbezüge zum Ausländerrecht, Aufenthaltsrecht und zum Europarecht. Und das ist die große Frage, die ich jetzt einfach mal in den Raum werfen mö Kann das gelingen oder unter welchen Bedingungen gelingt das? Und wie kann man dann immer diese unsägliche Debatte, die häufig eröffnet wird über Sozialleistungsmissbrauch ist ja auch gerade ein großer Aktionsplan im Zaum behalten, weil die Rechtsvereinfachung für alle hat ja eben zur Folge, dass es für alle.

00:18:01 Prof. Dr. Michael Opielka
Einfacher wird. Und Herr Wader, ist Stefan Bach, glaube ich, der Richtige, um dieser steuerlichen Frage kluge Worte zu sagen? Hallo.

00:18:10 Dr. Stefan Bach
Stefan Bach vom Deutsch Institut für Wirtschaftsforschung. Ich bin der Steuerexperte hier und werde dazu auch gleich noch ein paar grundlegendere Sachen sagen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, jetzt unter den Umständen noch dazu zu kommen. Meine Frage ist auch so ein bisschen in Richtung Integration zum Steuersystem. Okay, es wurde ja gerade schon gesagt, unsere Vorschläge recht weitgehend, aber aus Ihrer Sicht aus der Politik gibt es da sozusagen Ansätze, wie man zum einen die Finanzverwaltung stärker einbeziehen könnte, also über die Registermodernisierung, Datenaustausch und so weiter noch etwas stärker. Wir haben ja

auch bei der Einkommensteuer die Diskussion, dass wir stärker vereinfachen wollen, dass wir pauschalieren, dass wir auch stärker mit Taxcredits arbeiten. Da kommt man ja so ein bisschen in die Richtung der negativen Einkommensteuer, zumindest für den Bereich der Existenzunterstützung, nennt das die Sozialstaatsreformkommission. Das fand ich auch sehr interessant. Im Bereich der Grundsicherung, wo Bedürftigkeit stärker geprüft werden muss, auch Einzelbedarfe etc. Da tun wir uns natürlich schwer, das komplett ins Steuersystem zu integrieren, keine Frage. Aber dieser Bereich, der etwa jetzt auch über das Wohngeld, über den Kinderzuschlag abgedeckt wird, da haben wir es ja weitgehend mit pauschalierten Leistungen zu tun. Gibt es da irgendwie noch weitergehende Ideen?

00:19:31 Prof. Dr. Michael Opielka
Willst du auch noch nichts sagen? Muss nichts sagen. Frank kann aber was sagen. Ich mache.

00:19:36 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Nur eine kleine Ergänzung zu dem, was was Stefan gesagt hat. Also es läuft ja auch so ein Prozess once only Prinzip, also dass man nur einmal seine Daten angeben muss. Und an der Stelle ist natürlich die Schnittstelle zwischen Finanzbehörden und Sozialbehörden auch eine spannende. Und da wäre auch zumindest bei dieser zweiten Phase, die ich eben angesprochen hab, wäre das auch eigentlich schon mitzudenken. Das ist da auch ein Datenaustausch zwischen Steuerbehörden und Sozial Sozialbehörden gibt, um es den Menschen auch zu vereinfachen.

00:20:11 Prof. Dr. Michael Opielka
Frau Jan, ganz kurz noch eine Nachfrage. Ich meine, ich glaube, unser Modell ist nicht so geplant, dass wir jetzt die ganze Welt mit dem Kindergeld für alle versorgen, so haben wir es nicht geplant, sondern es hängt schon an der Steuerpflichtigkeit. Es hängt auch, und das sind aber in der Tat berechtigte Fragen, wie sehr hängt es an Wohnsitzfragen, an Aufenthaltsrecht und des Status. Ihr Hinweis ist insoweit völlig berechnet, aber wir gehören nicht zur Abteilung der Blauäugigen. Doch, stimmt nicht ganz, wir sind sogar alle blauäugig. Nein, doch nicht.

00:20:43 Annika Klose, MdB
Vielleicht noch ein Hinweis, Doch schon fünf Minuten früher raus, weil ich noch mit meinem Ausschuss etwas klären muss. OK,.

00:20:51 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Ganz kurze, schnelle Der große Unterschied zwischen dem, was Gruppe hier vorschlägt ist und dem KSK Vorschlag ist, dass die Tendenz bestehen kann, wenn man alle Grundsicherungsleistungen zusammenfügt, dass sie dann doch alle bedürftigkeitsgeprüft werden, vielleicht in unterschiedlichem Maße, aber sie sind bedürftigkeitsgeprüft. Wir haben also eine Grundsicherungsgesellschaft, die wird größer, weil man die

verschiedenen Sachen, Wohngeld etc. Dazu tut. Ist nicht die Alternative, die eigentlich zu sagen, man hat das non für die meisten Bürger ist eine Bedürftigkeit überhaupt nicht zu prüfen, sondern wir führen das, was sozusagen normaler pauschalisierter Bedarf ist, führen wir ins Steuersystem ein und nur für die individuellen Bedürfnisse. Für spezielle Fälle gibt es dann noch ein normales Grundsicherungssystem. Aber der Normalfall ist Leistung direkt als negative Einkommensteuer. Ist das nicht eine bessere gesellschaftliche Ausrichtung, die mehr dem Modell entspricht, dass man nicht in Bedürftigkeit und Armutsnähe gerät? Frau Klose, kurz bevor.

00:22:02 Prof. Dr. Michael Opielka
Sie gehen, sagen Sie was Nettes dazu.

00:22:05 Annika Klose, MdB
Ja, also grundsätzlich die Idee finde ich spannend, aber vielleicht einmal kurz vorweg, bedürftigkeitsgeprüft sind alle Sozialleistungen auch jetzt. Also die Frage ist, ist es denn pauschaliert der Bedarf, der ausgezahlt wird, oder ist es quasi eine Spitzabrechnung, wie es im SGB II und 12 der Fall ist? Aber auch Wohngeld und Kinderzuschlag zum Beispiel erhält man ja nur, wenn man eben einen entsprechenden Bedarf nachgewiesen hat. Kindergeld ist was anderes, deswegen würde ich das jetzt auch im engeren Kreis der Sozialleistung jetzt nicht sehen, sondern als Unterstützungsleistung. Aber bei den Sozialleistungen ist es ja grundsätzlich gerade schon so, dass man erstmal einen Bedarf nachweisen muss. Also das Ganze einfacher zu machen, das ist grundsätzlich erstmal eine gute Idee. Und deswegen glaube ich, dass ein Datenaustausch auch mit den Finanzbehörden den zu stärken perspektivisch in die richtige Richtung gehen kann. Ich meine die Hürden, die da drin sind, dass das ja im Moment immer jährlich die Prüfung erfolgt und nicht monatlich. Und gerade im Bereich der Existenzsicherung, wir ja schon sehr hohe verfassungsrechtliche Auflagen haben, diese Existenz zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten. Das ist Ihnen ja sicherlich bekannt. Das Zweite, was ich da sehen würde, ist, dass zum Beispiel die Bedarfe für Wohnen und Heizung, also Unterkunft und Heizung zum Beispiel, ja etwas ist, was man jetzt schwierig, ehrlich gesagt, nur pauschalieren kann, in der Existenzsicherung zumindest. Da haben wir einfach sehr unterschiedliche Situationen auf dem Wohnungsmarkt, je nachdem wo man wohnt, zu unterschiedlich würde ich meinen, um halt tatsächlich einfach pauschal etwas zu zugrunde legen zu können, was dann halt über einen entsprechenden Steuerfreibetrag oder so berücksichtigt werden könnte. Das kann man vielleicht für die oberen, also die höheren Einkommen machen. Beim Wohngeld geht das ja in so eine Richtung, dass man sagt, hier Pauschale mit ein paar Stufungen, aber in der Existenzsicherung ist das schwierig. Und das war auch ein Punkt, wo bei der Erarbeitung der Kindergrundsicherung zum Beispiel immer ein Stück weit daran gescheitert sind. Wir wollten ja alles digitalisieren und einfacher und zugänglicher machen und mussten halt feststellen, gerade diese Frage von Wohnen und Mieten ist da halt eine große Hürde. Da sind wir immer noch darauf angewiesen, dass die Leute am Ende ihre tatsächlichen Wohnkosten erstmal eingeben. Das heißt, das sind so

Herausforderungen, an denen man da, glaube ich, irgendwie noch mal weiterdenken muss, wie man das vielleicht noch mal besser hinkriegt. Ist nicht so einfach. Der Vorstand der der Sozialstaatsreformkommission ist, das Ganze zumindest jetzt erstmal rund um die Jobcenter, die dann weiterentwickelt zu werden, ein Stück weit zusammenzuführen und zu bündeln, Wenn man da zumindest schon mal mit dem One Only Prinzip dann auch die Daten zusammen hat, wäre ja zum Beispiel ein Austausch mit den Finanzbehörden vielleicht auch zumindest einfacher erstmal zu gewährleisten, als es zum aktuellen Punkt der Fall ist, um das eine oder andere abzudecken. Ich werde auf jeden Fall für zum Beispiel beim Kindergeld gehen wir ja jetzt schon ein kleines bisschen in die Richtung, indem wir sagen, dass wir das jetzt ohne Antrag einfach auszahlen wollen zumindest etwas. Also ich würde sagen, es geht voran, wenn auch langsamer, als ich mir das oft wünschen würde. Aber auf jeden Fall ist es immer gut, ein Ziel vor Augen zu haben und da danke ich Ihnen auf jeden Fall für den Impuls. Ich würde vorschlagen, wir bleiben auf jeden Fall in Kontakt. Es tut mir total leid, dass das hier jetzt heute so ein bisschen unter die Räder der parlamentarischen Abläufe gekommen ist, aber es ist leider gerade wirklich viel los.

00:25:34 Prof. Dr. Michael Opielka
Also Ihnen schon mal tausend Dank, Frau Clau Klose, Ihnen ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie trotzdem dabei waren. Wir klatschen hiermit allgemein geschlachtet. Wunderbar. Danke vielmals Ihnen, dass Sie es trotzdem möglich gemacht haben. Armin, du willst auch noch, kannst du auch noch ein paar nette Worte zum Schluss sagen, bevor du uns auch hier verlassen wirst? Ja, also.

00:25:55 Prof. Dr. Armin Grau. MdB
Ich hätte es natürlich auch schöner gefunden. Wir hätten uns Interessen mit ein bisschen mehr Zeit getroffen. Ich habe mich eingehender eigentlich auch vorbereitet auf viele verschiedene Fragen, die Wolfgang mir ja zugeschickt hat. Wir können das jetzt heute nicht so vertiefen, wie ich mir das wünschen würde, gewünscht habe. Ich würde mir wünschen, dass wir den Dialog noch mal weiter fortsetzen. Ich finde, das ISDS bietet eine ganze ganze Menge interessante Aspekte. Jetzt bin ich mal gespannt, was mit dem Rechtsvereinfachungs mal als erster Schritt kommt. Ich würde mich freuen darüber, wenn wir in der Sozialstaatsreform in dieser Legislaturperiode auch als Oppositionspolitiker durchaus freuen, wenn die Regierung da einiges hinbekommt und wir einen guten Schritt in die richtige Richtung zu einer deutlichen Vereinfachung für die Menschen, besseren Zugänglichkeit, Verminderung der Fragmentierung hier in dem ganzen hochkomplexen System hinkriegen würden und wirklich wenige zunächst mal zwei Anlaufstellen nun mal hätten. Das wäre schon ein großer Fortschritt. Ich freue mich auf die weitere Debatte und ich hoffe, dass wir da auch mit dem defis weiter im.

00:27:06 Prof. Dr. Michael Opielka
Austausch bleiben können. Ganz herzlichen Dank an dich, Armin Grau. Ganz herzlichen Dank für die Beteiligung unter widrigen Umständen. Wir schließen jetzt hiermit den Zoom

Fenster, verabschieden dich, wünschen viel Erfolg bei der guten Abstimmung.

00:27:19 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Und.

00:27:24 Prof. Dr. Michael Opielka
Danke. Ciao, ciao. So, dann wechseln wir mal hier jetzt zum weiteren Ablauf. Wir müssen das jetzt umstellen, haben wir schon umgestellt. Wir gehen jetzt fort in der Reihenfolge, wie wir es ursprünglich von Anfang an geplant haben. Sodass wir am Ende noch ausreichend Zeit haben, um mit Ihnen hier in der kompetenten Runde ins Gespräch zu kommen. Ist es OK so? Ja, gibt auch keine Alternative. Der erste, der jetzt sprechen wird, ist Frank Nullmeier. Der Grund war, dass wir ursprünglich befürchteten, dass Constantian da zu spät kommt. Jetzt ist sie aber pünktlich, sonst hätten sie natürlich angefangen. Aber jetzt wollen wir nicht noch alles durcheinander schmeißen. Wir beginnen jetzt mit Frank Nullmeiers Präsentation. Er wird etwa maximal 10 Minuten sprechen. Danach schließt Konstante Yande an und danach zum Abschluss der Runde Stefan Bach und danach gehen wir in die offene Diskussion und und auch mit Ihnen, da haben wir noch ausreichend Zeit dafür. Ist es okay? So kann man beginnen. Alles klar. Mikro an dich hier, wenn du das willst. Da hast du ein bisschen mehr Verstärkung. Okay, super.

00:28:42 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Vielen herzlichen ganz kurz. Ich habe mich gefragt, was ist der Kern dieses Modells? Das hat ja viele Elemente und viele Überlegungen führen es zusammen und ist sehr ausführlich jetzt dokumentiert, was in den zwei Workshops passiert ist, wo schon die Frage auch der Umsetzbarkeit andiskutiert worden ist, aber auch die Frage einzelner Details und habe gesagt, was ist die Aufgabe, wenn man es politisch umsetzen will? Natürlich nicht in dieser Legislaturperiode uns einig, sondern ein bisschen weiter. Aber es ist nicht so. Es ist keine Äußerung über politische Umsetzbarkeit unter den gegebenen Bedingungen, sondern über den abstrakten Weg. Was muss gelingen, damit man so etwas umsetzen kann? Und da habe ich die Aufgabe dann die politischen Voraussetzungen im engeren Sinne, dann habe ich einen Hebel. Dann meine ich, dass man einen zivilgesellschaftlichen Prozess braucht. Dann muss man priorisieren und Regierungs und Parlamentsarbeit als letztes Element. Das ist nicht, das ist nicht dasselbe wie das, was Wolfgang vorgestellt hat. Das sind logische Stufen innerhalb des Voranschreitens des Modells. Hier ist es wirklich mehr so politikwissenschaftlich, mehr nicht policyorientiert von der Sache her, sondern politics Was muss man so an Prozessbedingungen zustande bringt? Und die Aufgabe, die eigentliche zentrale Aufgabe, die ist mir aufgegangen bei dem zweiten Workshop, Da ging es dann darum, dass auch Leute aus dem steuerpolitischen Feld dabei waren. Wir müssen Akteure aus zwei völlig verschiedenen Feldern und je für sich komplexen Feldern zusammenführen. Und das umfasst dann also Logiken, wie denken die ihr Rechtsgebiet, die Praktiken die selbstverständlich und man muss dann die dazu nicht nur wechselseitiges Verständnis

erzeugen, sondern auch noch dann dazu hinbringen, dass sie gemeinsam an dem Modell weiter basteln und sich dafür entscheiden und das auch öffentlich vertreten und letzten Endes auch implementieren, selbst wenn dann man es gesetzgeberisch durchsetzen kann. Aber dann bleiben die beiden Felder in ihren Praktiken völlig gebunden. Dann hat man eine eine sich selbst blockierende Umsetzung, oder? Also je nach Die steuerpolitischen Leute blockieren das einfach. Die Steuerverwaltung kann damit nicht umgehen. Das wollen wir auch nicht. Also es soll bis zum Ende klappen. Die politischen Voraussetzungen ist ganz einfach, das hatte Wolfgang auch schon gesagt. Man braucht die Opposition. Es ist also eine super Majority, die wir brauchen. Wir brauchen, weil es mindestens eine Verfassungsänderung beinhaltet, nämlich die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern. Wenn man das über das Steuersystem reckelt und da nicht irgendwelche großen Tricks reinfinden, muss man die Steuerzerlegung, also den Prozess der Aufteilung auf die zwei Ebenen Bund Länder, die muss man auch von mir aus auch drei. Den Gemeinden muss man klären und das heißt eigentlich vier Parteien, also wenn ich die CSU eigene Parteien definieren darf. Und natürlich müssen die Länder mitspielen. Also ich habe zufällig gehört, dass neben dem Gesetz zu der Veränderung der Rechte es natürlich noch ein großes Gesetzgebungsvorhaben gibt in der Umsetzung der KSR, das da heißt also die Leistung zusammenzuführen. Und da ist es einfach so, dass der KSR selber saß, nur bestimmte Länder, die haben gepusht und deshalb ist das auch so ein gutes Ergebnis, ein richtig runder Vorschlag geworden. Aber jetzt sind andere Länder in den Arbeitsgruppen vorhanden und haben auf den Zusammenführungsansatz sehr unterschiedlich reagiert und das hängt und da weiß man ja nicht, wie es weitergeht. Es kann auch einfach sein, dass der Prozess nicht vorangeht. Also man braucht die Länder und die letzte Äußerung, die ich gehört habe, war, dass die Länder in unterschiedliche Richtungen von dem abweichen, was man sich eigentlich wünscht. Also ganz schwer damit umzugehen. Man braucht die Unterstützung der Sozialverwaltung und natürlich der Verbände und auch der Rechtswissenschaft. Also die Einwände von Frau Janda jetzt gerade, die müssen wir irren überwinden und dann sagen kann ja, klackt auch mit dem O. Nächster Punkt, Was ist der Hebel? Also Hebel ist sozusagen, wo fange ich an. Das ist ein bisschen so Strategie und Taktik des politischen Prozesses. Und ich würde sagen, eine ganz gute Regel ist jetzt, die automatische Auszahlung des Niedergeldes ist gerade beschlossen werden so aus, dass das nur funktioniert, wenn man seine IBAN, also sein Konto schon angegeben hat, weil man schon ein Kind hat. Das ist die erste Phase. Oder wenn das das erste Kind ist, dass die irgendwie hinterlegt worden ist. Und wo wird sie hinterlegt? Entweder ist das das Bundeszentralamt für Steuern, dann kann man das freiwillig machen. Ich habe das gemacht, das ist eine Aktion von einer Minute, habe aber trotzdem vor so einem halben Jahr waren es irgendwie 17, 18 Prozent, die sich da eingetragen haben. Die andere Möglichkeit, die im Gesetz festgehalten ist, ist über das Elster Portal. Und das sind ja eigentlich beides steuerzentrierte Felder, was natürlich beim Kindergeld auch naheliegt, weil das Kindergeld Steuerzahlung ist. Aber wir haben vorher vorher schon das Problem gehabt, dass es keinen Auszahlungskanal gibt und das ist zuerst aufgefallen beim Klimageld oder der Reihenfolge ist jetzt vielleicht auch egal, dann

bei den Corona Hilfen. Und dann merkt man das jetzt auch beim Kindergeld. Denn in dem Fall, in dem Eltern nicht, also dass ein Kind geboren wird, wird automatisch mitgeliefert. Das ist kein Problem, da müssen die Eltern nicht aktiv werden. Aber wenn keine IBAN hinterlegt ist, weder bei Elster noch beim bzst, dann muss ein Schreiben geschickt werden und man hofft dann, dass dann irgendwie der Schritt erfolgt, dass ihm mitgeteilt wird. Also es kann eben sein, dass dieser Auszahlungsmechanismus auf dieser freiwilligen Ebene nicht so richtig funktioniert und dadurch Menschen nicht erfasst werden und dass es dann doch nicht so wirklich automatisch wird beim Kindergeld, beim Klimageld. Gut, ob das noch je kommt, kann man bezweifeln. Und es kann auch sein, dass wir Situationen haben, dass die KSR Fortsetzungsreformen stecken bleiben, wie ich so gerade in meinem etwas übertriebenen Pessimismus angedeutet habe, dass das zumindest eine Möglichkeit ist. Es kann aber auch sein, dass auf Länder und Kommunenebene einfach der Eindruck herrscht, wir schaffen das einfach nicht mehr, wir haben zu viel Antragsprozesse und wir müssen da raus. Das ist ja der Hintergrund der KSR Regelung, dass die gesagt haben, das geht nicht lange mehr gut. Und wenn man auch diesen Auszahlungsmodus nicht verbessern kann, dann bleibt eigentlich nur einer nämlich ein steuerlicher. Das ist die Idee dahinter. Das muss man sagen, liebe Leute, die Steuern sind der einzige Weg, über den das machen kann. Letztlich heißt Elster für alle. Es gibt im Steuerrecht genau das Gegenteil. Möglichst niemand soll eine Steuererklärung machen, aber es gibt dann so die Abweichung davon. Die Steuererklärung soll schon in Elster hinterlegt werden, vorausgeführt, und man muss da nur seine speziellen Angaben einwandern. Ich würde für diese zweite Lösung sehr plädieren, aber eine Steuererklärungspflichtigkeit einführen. Und im Bereich dessen, was wir diskutieren, haben wir aber noch eine weitere Hürde, die lassen wir mal weg, dass es eigentlich monatlich sein müsste und nicht nachträglich jährlich wie bei Elster. Aber das alles muss bedacht werden. Und ich denke, dass das nicht von oben ging. Also man fängt nicht an, das in das Wahlprogramm zu schreiben und dann hofft man, dass die Parteien das in Koalitionsvereinbarungen hinbekommen, sondern ich würde sagen, das muss gesellschaftlich vorbereitet werden und das nenne ich zivilgesellschaftlichen Prozess. Und dabei muss man die Verwaltung immer dabei haben, aber vor allen Dingen muss man die Steuerleute dafür gewinnen, dass sie das mitmachen.

00:37:24 Annika Klose, MdB
Und.

00:37:25 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Das kann bedeuten, dass man bilaterale Formate macht, Konferenzformate, alle möglichen Formen der Vorbereitung, also relativ aufwendiger gesellschaftlicher Diskussionsprozess, so hieß das mal in den Niederlanden. Und der Träger kann natürlich irgendeine Stiftung sagen, ein bisschen wird das auch kosten. Letzter Punkt, ne? Vorletzter Man braucht auch eine Legitimierung, Legitimationsgrundlage. Das ist, glaube ich, noch so ein Punkt. Ich würde da den Begriff der Leistungsfähigkeit, Besteuerung nach Leistungsfähigkeit nehmen, der die soziale Steuerungsfunktion der Steuerung in der

Finanzwissenschaft immer geprägt hat und dass man den ein bisschen ausdehnt. Und auch die Leistungsfähigkeit kann ja hergestellt werden müssen. Das ist nicht nur ein Maßstab der Besteuerung, Maßstab des neuen Einkommenstransfersystems, diese herzustellen. Und deshalb muss man über den Begriff reden und muss dann erproben, ob man die Verwaltungsabläufe hinkommt. Letzte Folie immer noch nicht.

00:38:31 Prof. Dr. Michael Opielka
Das sollte nur ganz kurz, 10 Sekunden noch 10 Sekunden, 10 Sekunden. Das letzte.

00:38:36 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Ist die administrative Umsetzung. Das ist das Übliche. Das vorletzte ist, man muss überlegen, mit was man einfängt. Und ich würde sagen, wenn man mit dem Kindergeld und der automatischen Auszahlung anhört, dann bauen wir doch das Kindergeld ins Steuersystem als erste wirklich negative Einkommensteuerleistung ein und lassen die Familienkassen da ganz raus. Ich weiß nicht, ob das tiefsinnig ist, aber ich würde damit anfangen. Vielen herzlichen Dank.

00:39:10 Prof. Dr. Michael Opielka
Ganz herzlichen Dank an Frank Nullmeier. Ich spreche jetzt mal ohne Mikro. Übergeben Sie an unsere nächste Rednerin, Frau Prof. Constanze Janda, Professorin an der Deutschen Hochschule für öffentliche Verwaltung.

00:39:22 Prof. Dr. Constanze Janda
Oder Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften. Ja, ist.

00:39:26 Prof. Dr. Michael Opielka
Aufgestiegen, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften und berühmt geworden, wie gesagt, durch die Sprechervorsitzendenrolle in der Renten Alterssicherungskommission. Frau Janda, wunderbar, vielen.

00:39:40 Prof. Dr. Constanze Janda
Dank für die Einladung. Ich freue mich auch, dass ich weiterhin mit Ihnen über den Vorschlag nachdenken darf. Ich bin gebeten worden, was zu sagen zu dem Thema aufgrund der Erfahrung mit der Alterssicherungskommission, welche Schlussfolgerungen wir ziehen können für das integrierte Steuer und Transfersystem und zwar zum einen im Hinblick auf den politischen Prozess und zum anderen auf die Frage Automatisierung. Ich werde mich mal ein bisschen länger bei dem politischen Prozess aufhalten, achte auf die Zeit, was habe ich persönlich aus der Rettungskommission mitgenommen, wie solche Prozesse ablaufen. Also es wurde ja eben schon gesagt, es ist wichtig, dass das eben nicht von oben herabkommt, sondern in einem breit getragenen Prozess vorbereitet und diskutiert wird. Dankeschön. Und dieser Prozess hat verschiedenste Rahmenbedingungen, auch ein klares Mandat. Es kommt darauf an, die Zusammensetzung der Gruppe, die sich

hierüber austauscht, den Zeitplan und dann fragt sich immer noch, ist das alles politisch anschlussfähig? Vielleicht zunächst zum Mandat, also die Alterssicherungskommission, das ist gleichzeitig auch was zum Thema, wann ist der richtige Zeitpunkt, um anzufangen? Man muss den guten Zeitpunkt finden, weil der Alterssicherungskommission war der Umstand der folgende, dass wir im Januar dieses Jahres angefangen zu arbeiten und kurz davor hat der Gesetzgeber noch mal ein paar ordentliche Pflöcke eingeschlagen, Mütterrente, Aktivrente, Haltelinie, die plötzlich die finanziellen Spielräume extrem verengt haben und hat uns auch nur aufgegeben, weitere Reformbedarfe zu diskutieren. Sprich also das, was kurz vorher noch eingetütet wurde, war tabu in dem Sinne. Sowas wäre, sage ich mal vorsichtig, besser, wenn es das vorher nicht gäbe. Sondern wenn man möglichst ohne Leitplanken, die das Nachdenken einschränken, da agieren könnten. Ein anderer Punkt ist und eigentlich für Wissenschaftler ist das klar, man braucht eine sehr klare Frage, Forschungsfrage, einen sehr klaren Arbeitsauftrag, der möglichst nicht in sich widersprüchlich und so war auch die Erfahrung, meine Wertung aus der Alterssicherheit. Es gab einen Kabinettsbeschluss, mit dem die Kommission eingesetzt worden ist und darin war festgehalten, dass wir eben eine Kennziffer für ein angemessenes Gesamtversorgungsniveau finden sollen. Was ist angemessen? Große Frage. Es waren teilweise widersprüchliche Vorgaben. Also es sollte sowohl der Beitrag stabil bleiben, als auch das Leistungsniveau. In der Kommission haben wir immer vom Trilemma gesprochen oder der Kollegen Brettschneider, der auch hier irgendwo im Haus ist, spricht immer, dass so ist, wie wenn man sich im Winter mit einer zu kleinen Bettdecke zudecken möchte, dass entweder die Füße rausgucken oder die Schultern frieren. Also das ist auch etwas schwierig zu vereinbaren und letzten Endes ein großer Umschlag einmal alles innerhalb kürzester Zeit. Also gelingen kann so eine gute Vorbereitung am besten, wenn man wirklich klare Arbeitsaufträge und klare Pakete hat. Und das haben wir als Kommission dann, glaube ich, ganz gut hinbekommen. Wenn man diesen Auftrag nicht klar hat, dann kommen am Schluss Dinge raus, mit denen man vielleicht nichts anfangen kann. Das Ganze hat dann auch wieder unmittelbare Folgen. Wenn man den klaren Auftrag hat, braucht man auch ein klares Commitment und Disziplin. Und damit komme ich zur Zusammensetzung der Gruppe. Das Commitment war bei uns von Anfang an da. Wir wollten alle was reißen, weil sie gutes System entwickeln und das hatte verschiedenste Personengruppen, die darin involviert waren. Wir gehen jetzt mit der Moderation ohne meine eigene Rolle. Ich war ja auch nur die halbe überbetonen zu wollen, da war glücklicher Zufall. Frank Weise und ich, wir kannten uns nicht, Wir sind auch getrennt voneinander ausgesucht worden, aber wir haben uns sofort gut verstanden und haben festgestellt, dass wir eh nicht ticken, weil wir klare Abläufe mögen und klare Fragen, die man ganz klar beantworten kann. Also das kann man nicht steuern von vornherein. Wer sollte sich beteiligen? Wir hatten acht Wissenschaftler innen. Ich war erstmal etwas verwirrt, dass es alles Volkswirte waren, habe aber in der Kommission gelernt. Das sind auch durchaus unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Blickwinkeln. Und trotzdem denke ich, dass es besser ist, einen multidisziplinären Ansatz zu pflegen und viele, nicht alle, möglichst viele Disziplinen einzubinden, auch die sozialwissenschaftlichen,

die juristische ist auch wichtig, aber es gibt selten ein richtig oder falsch in der Sozialpolitik, sondern nur ein paar Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel das Europarecht zu beachten. Aber durchaus das durchrechnen zu können, ist unerlässlich und eben die Auswirkungen auf bestimmte Gruppen auch ermessen zu können, ist wichtig. Einbeziehung von Abgeordneten halte ich auch für sehr wichtig. Ich war da immer ein bisschen hin und hergerissen, ist das jetzt gut oder schlecht, dass wir die Abgeordneten in der Kommission haben? Keiner da von ihnen dran. Aber wir hatten sehr großes Glück und das war auch wieder dieser glückliche Zufall vielleicht, dass wir drei sehr junge Abgeordnete dabei hatten, die das Thema Generationengerechtigkeit im Blick hatten und die auch wirklich bereit waren, sich auf andere Argumente einzulassen und nicht an einem Parteiprogramm stur festzuhalten. Also das sind jetzt sehr, wenn man das gezielt Steuer zusammensetzen möchte, ist das eine sehr schwerwiegende Aufgabe. Wer war bei uns nicht beteiligt? Die Sozialpartner, die waren darüber nicht glücklich. Ich denke, man sollte auch die Sozialpartner in so eine Gruppe einbinden, genau wie die Wohlfahrtsverbände, um darüber nachzudenken, um damit dann letzten Endes auch auch die politische Anspruchsfähigkeit herzustellen. Was nicht heißt, dass es keinen Streit geben wird, sondern den gibt es immer, weil wir ja in der Gruppe, die darüber nachdenken, nur Repräsentanten der bestimmten Gruppen haben. Und dann gibt es manchmal ganz überraschende Themen, an denen sich alle festbeißen. Bei den Minijobs hätte ich das jetzt zum Beispiel gar nicht so stark erwartet oder dass wissenschaftliche Annahmen und empirische Erkenntnisse, die dahinter stehen, ich sag nur Dachdecker, ignoriert werden und sagen, ne, wir diskutieren einfach über den Dachdecker, obwohl wir festgestellt haben, den gibt es so in der Form nicht. Also das ist immer die große Wundertüte, die politische Anschlussfähigkeit letzten Endes. Zum Zeitplan, da zitiere ich auch unsere drei Abgeordneten aus der Kommission. In einem normalen Gesetzgebungsprozess hätten sie nie so viel Zeit und Muße gehabt, um das Thema zu diskutieren und zu durchdenken. Das ist eben der Appell, sich wirklich viel Zeit zu nehmen und das Ganze möglichst legislaturperiodenübergreifend zu denken, damit man eben auch Zeit hat, die Umsetzbarkeit mit einzubeziehen, wozu auch Technik gehört, also IT beispielsweise. Das ist der eine Teil. Dann habe ich, glaube ich, noch zwei Minuten, um was zum Thema Automatisierung zu sagen. Dreieinhalb. Okay, das bekomme ich hin. Was sind die Rahmenbedingungen, damit Automatisierung gelingen kann? Und das haben Sie eigentlich auch so schon mitgedacht. Also Automatisierung für den Anfang funktioniert bei einfachen Sachverhalten. Bei Standardfällen heißt ein Kindergeld das deutsche Kind von Eltern mit einer deutschen Staatsangehörigkeit und einem unkomplizierten, deswegen unkomplizierten Aufenthaltsstatus, der möglichst keinen grenzüberschreitenden Bezug hat. Es reicht schon, wenn das Kind in Österreich lebt oder in Polen beispielsweise schon kann sich die Kindergeldberechnung verändern. Also ein Standardfeld ohne Besonderheiten und man braucht eine Sozialleistung, die eigentlich auch keine großartigen Besonderheiten hat. Also Kindergeld hat nicht so super viele Anspruchsvoraussetzungen und eine sehr klare summe, nämlich einfach 255 sind es, glaube ich, im Moment. Und es muss sich um eine Leistung handeln für die

Automatisierung, bei der es keine Beurteilungs oder Ermessensspielräume gibt, also wirklich nur Nullen und Einsen, um mal so ein Bild zu nehmen und nicht noch Dezimalstellen dazwischen, sonst funktioniert das nicht mit den Bändern. Die Einzelfallgerechtigkeit ist natürlich immer ein Punkt, wenn man automatisiert, weil es eben nur diese Standardfälle geben kann, die dann eben automatisch ausgeworfen werden, also eine Default Option, hinter der sich möglichst viele Fälle versammeln müssen. Deswegen ist es meines Erachtens unerlässlich, einen Anspruch auf individuelle Überprüfung einzuführen. Ich kann das nicht ermessen, wie viele Menschen davon Gebrauch machen würden, aber im Steuerrecht, das wissen Sie dann besser, gibt es auch diese Pauschbeträge und ich kann die akzeptieren oder ich Nein, ich würde es bitte ganz genau im Einzelfall abrechnen. Und wir brauchen Grundlagen, um mehr Bedarfe, Sonderbedarfe, temporäre Bedarfe, beispielsweise Schwangerschaften oder Bedarfe von Schulkindern auch angemessen abbilden zu können. Was ist mit der Beratung? Die Hoffnung ist immer viel Zeit. Also Automatisierung schafft Zeit für Beratung. Das ist reiner Zufall. Die European Foundation hat voriges Jahr eine Studie veröffentlicht von Hans Dubois. Da ging es um die Digitalisierung von Sozialleistungen. Sie haben verschiedene Länder sich angeschaut und haben festgestellt, dass es für die Hoffnung keine empirischen Belege gibt. Also es gab in verschiedenen Ländern, die sie untersucht haben, keine Belege, dass die gesparten Ressourcen Zeit und Personal dazu führen, um Support und Beratung zu stärken, sondern meistens zieht die Automatisierung Digitalisierung dann wieder andere Arbeiten nach sich, für die man dann die Ressourcen braucht. Und sie haben auch darauf hingewiesen, dass die Automatisierung die Transparenz natürlich erhöhen kann und zum besseren Zugang insbesondere außerhalb der Arbeitszeiten von Behörden führen kann. Aber die große Gefahr besteht, dass eben untypische Fälle ausgeschlossen werden aus dem System. Weiterer Punkt Beratung und Automatisierung. Man kann auch Beratung automatisieren. Durch KI gibt es da schon gute Ansätze, aber automatisiert die Beratung nicht vollständig. Also es muss alles miteinander kombiniert werden. Und dann denke ich, ist ein integriertes Steuer und Transfersystem möglich, wenn es multidisziplinär und langen AT eingeführt wird. Aber trotzdem wird Sozialrecht machen recht nie so leicht sein wie Online Shopping. Vielen Dank. Ja,.

00:49:59 Prof. Dr. Michael Opielka
Wunderbar. Wir halten unsere Fragengedanken noch kurz zurück. Containing nennt man das Psychologie und Kollege Bach, lässt uns jetzt noch mal an der wirtschaftlichen Front.

00:50:17 Dr. Stefan Bach
Wachsam sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrte Damen und Herren. Genau, ich freue mich auch, dass ich hier mitdiskutieren kann. Ich möchte kurz noch ein paar grundlegende Dinge zum Steuersystem hier anmerken. Wenn Sie vielleicht einmal weiter, Frau Janda, vielleicht einfach nochmal der Grundgedanke negative Einkommensteuer, Grundeinkommen. Das ist ja im Prinzip eine uralte Diskussion, die die steuersystematischen Reflexionen schon seit ewigen Zeiten prägt. Das ist im Grunde

genommen, kommt so ein bisschen aus der angelsächsischen Tradition. Also er Jahre Beverage Kommission. Milton Friedman hat das in den USA sehr stark vorangebracht. Das hat auch sogar tendenziell Wirkungen gehabt. Denken Sie an diese Work in Earned Income Tax Credits, die wir seit den ER Jahren in den USA und ich glaube etwas später dann in England hatten. Im Grunde genommen ist es so, wir alle werden ja tatsächlich bedürftigkeitsbedürftig einkommensgeprüft, nennt sich Einkommensteuer. Fast alle von uns sind damit konfrontiert. Mittlerweile erreichen wir mit der Einkommensteuer praktisch die gesamte Bevölkerung, die Rentnerinnen und Rentner wachsen da zunehmend hinein. Auch die nicht veranlagten Lohnsteuerfälle, über die weiß das Finanzamt ja auch was. Und wenn es jetzt, denken Sie gerade an die aktuelle Diskussion mit den Steuerklassen bei der Ehegattenbesteuerung, auch dort wäre es ja möglich, dass das Finanzamt dann die Lohnsteuermeldungen zusammenführt, um dann zu gucken, natürlich nur auf Antrag, aber da reicht im Prinzip ein Klick und da muss man nicht dieses komplizierte Faktorverfahren beantragen, wo das Formular für 99 oder ich sage mal 95 Prozent der Bevölkerung unverständlich ist. Das zeigt ja auch, dass man da sehr vieles automatisieren kann. Aber sozusagen, das ist sozusagen die Grundidee, dass man dieses Verfahren dann auch in den sogenannten Negativsteuerbereich, in die, ja wenn man so will, in die Existenzunterstützung zumindest in die Existenzsicherung geht natürlich tendenziell aus, muss aber dann ergänzt werden durch Bedürftigkeitsprüfungen, durch Nachweis von einzelnen Punkten. Deswegen ist hier bei uns sozusagen grundsätzlich die Man kann eben vieles automatisieren und muss dann gucken, wie weit man da kommt. Da sind wir jetzt ja so gesehen mit der Sozialstaatsreformkommission schon relativ weit gekommen, dass da sozusagen zumindest, dass man da vieles zusammenführen kann. Ich glaube, da ist mittlerweile das Bewusstsein sehr weit gediehen. Jetzt geht es eben in der Ebene, dass man das alles dann konkret verwaltungstechnisch, administrativ, in den föderalen Ebenen über die verschiedenen Ebenen, Länder, Gemeinden, Sozialfisky etc. Wer da alles dran beteiligt ist. Das ist natürlich eine Jahrhundertreform. Föderalismus spielt auch eine Rolle bis hin zur Grundgesetzänderung. Das ist ein Riesenthema. Aber zumindest im Grundsatz sind wir da mittlerweile relativ weit gekommen. Viele Punkte wurden ja schon angesprochen, also etwa auch aktuelle Daten sind natürlich momentan auch nicht unmittelbar vorhanden und müsste dann auch organisiert werden, weil wir eben für die Sozialleistungen schon auch aktuelle Einkommensnachweise, Haushaltsnachweise brauchen. Das ist jetzt bei der Besteuerung auch so nicht vorgesehen. Da müsste man sich neue Verfahren überlegen. Wenn Sie vielleicht mal zwei Folien weiter klicken könnten. Was wollte ich noch sagen? Genau, vielleicht noch paar generelle Punkte, klassische Dilemmata, da kommen wir natürlich nicht raus. Da muss man irgendwo Kompromisse machen. Da gibt es eben einfach Konflikte. Wir haben zum einen dieses Problem eben im Sozialleistungsbereich mit den sogenannten Transferentzugsraten. Das ist bei uns in Economics immer ein großes Thema. Da geht es um Arbeitsanreize, wird vielleicht sogar ein bisschen zu stark gemacht, weil da immer so ein bisschen das ökonomische Menschenbild dahinter steht. Aber ist natürlich schon ein Thema, hat auch Gerechtigkeitsaspekte und da hat man eben einfach das Problem, wenn man eben

niedrige Transferentzugsraten hat, geht der Sozialleistungsbereich bis weit in die Mittelschicht hinein. Das bedeutet dann, dass da relativ immer weniger Leute tatsächlich positive Steuern zahlen und natürlich das Ganze wird dann relativ teuer. Arbeitsmarkteffekte sind auch relativ moderat. Generelles Problem hatten wir gerade auch Pauschalierung von Leistungen. Das bringt natürlich eine riesige Vereinfachung. Auch der Zugang wird dann einfacher im Rahmen der negativen Einkommensteuer, zumindest in dem Bereich, im Aufstockerbereich, wo wir jetzt diese komplizierten Prozesse bei Wohngeld, bei Kinderzuschlag haben, wo wir auch sehr niedrige Inanspruchnahme raten haben, die teilweise nach groben Schätzungen unter 50 Prozent liegen. Das ist natürlich auch ein sozialpolitisches Problem, weil wir da viel versteckte Armut haben bei der Grundsicherung im Alter, das will man damit adressieren. Aber natürlich der Grundkonflikt Pauschalierung heißt eben immer weniger Einzelfallgerechtigkeit. Und da haben wir eben das Problem, dass wir entweder Mitnahmeeffekte haben, die Leute, die es nicht brauchen, nehmen es dann eben mit. Wir haben relativ hohe Kosten und bei denen, die es eigentlich brauchen, da reicht es dann eben nicht. Da müssten wir eigentlich Einzelfallprüfungen machen. Das sind sozusagen vielleicht noch ein paar Gedanken, da kommen wir nicht drüber hinweg, aber da müssen wir einfach einen Ausgleich finden. Trotzdem ist, denke ich, jetzt der Prozess auf den Weg gebracht, dass wir zumindest bei den Sozialleistungen eine stärkere Integration haben werden und dann mit der Perspektive das weiterzuentwickeln. Vielen Dank.

00:56:19 Prof. Dr. Michael Opielka
Ja, ganz herzlichen Dank. Ich will das Kabel rüberziehen, weil wenn nachher die Bevölkerung sich hier mit beteiligen will, dass sie uns nicht den ganzen Tisch abräumen. So, ja, wir haben jetzt nämlich nur ein Mikrofon, aber der Raum ist gut gefüllt. Ganz herzlichen Dank allen Inputgeberinnen. Mein Vorschlag wäre, dass wir erstmal kurz untereinander nochmal nachhaken und nachfragen und dass wir dann die Öffnung haben ins Volk. Naja, so geht die Demokratie los, Wir fangen hier mit uns an. Okay, möchte einer von Ihnen, von euch was sagen? Ich.

00:56:57 Prof. Dr. Constanze Janda
Habe eher nur so einen ergänzenden Gedanken, weil ich dafür vorhin keine Zeit mehr hatte, aber ich glaube, die kann hier vorne keiner beantworten. Wenn man nämlich diese Nachprüfmöglichkeit oder auf die Einzelfallgerechtigkeit verzichtet und dann die Mitnahmeeffekte möglicherweise eintreten, also jemand bekommt 10 Euro zu viel für die Wohnung, obwohl er eben 10 Euro weniger Miete bezahlt, könnte man nicht das hinnehmen, weil man vielleicht sich einen Haufen Verwaltungskosten sparen könnte, die dadurch nicht mehr entstehen, weil wir nicht mehr im Einzelfall genau nachrechnen oder genau prüfen, wie viel Quadratmeter hat denn jetzt eine Wohnung. Ich unterstelle mal, dass nicht alle in die 300 Quadratmeter Wohnung mit goldenem Wasserhändel. Ziehen.

00:57:38 Dr. Stefan Bach

Kurze Antwort darauf. Das ist a natürlich eine empirische Frage, wie groß ist die Variation? Wenn die Variation relativ klein ist, dann kann man eben gut pauschalieren, dann kann man man es auch ein bisschen höher ansetzen. Und natürlich sozialpolitische Werturteilsfrage. Man kann natürlich sagen, Wohnkosten werden einfach pauschaliert, zumindest nach Regionen differenziert, dann hätten wir zumindest diese Variation weg. Aber ist natürlich klar, dass selbst in Berlin oder in München, da müsste man das irgendwie, also da gibt es große, gibt es eine riesige Variation, also da reicht es wahrscheinlich nicht. Das müsste man nochmal genau, erstmal Empirie generell das Plädoyer natürlich gibt uns mehr Daten, dann können wir mehr rechnen, dann sehen wir es eben. Und B, dann muss eben ein politischer Prozess, ein politischer Prozess dann darüber entscheiden letztlich. Ja,.

00:58:26 Prof. Dr. Michael Opielka
Danke. Vielleicht ganz kurz nochmal für Ihnen, glaube ich, auch klar sein. Ich wollte mal noch mal sehr bedanken für die Inputs, die waren sehr gehaltvoll für die Kürze der Zeit und deshalb, ja, Entschuldigung, es war wirklich so. Wolltest du was.

00:58:38 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Sagen? Genau, Zum Thema Pauschalierung noch zwei Aspekte. Ökonomisch gesehen haben Pauschalierungen ja auch nochmal einen Anreizeffekt zu sparsamen Haushalten. Also Wohnkostenpauschalen kann dazu führen, dass Leute günstiger wohnen, zum Beispiel mit anderen Leuten zusammenziehen oder eine günstigere Wohnung, weil die Leistung dann gleich bleibt. Und für andere Pauschalen kann man sich das ähnlich denken. Aber aus dem Dilemma Einzelfall, Unfallgerechtigkeit versus Pauschalierung kommt man nicht raus. Deswegen war ja auch unser Vorschlag Pauschalierung dann in diesem existenzunterstützenden Bereich, wie es die KSR genannt hat, existenzsichernden Bereich halt nur zu einem kleinen Bereich, nämlich den Regelbedarf, weil den kann man einigermaßen pauschalieren. Bei dem restlichen wird es schwierig mit der Einzelfallgerechtigkeit, aber bei den höheren Einkommen, da kann man durchaus unseres Erachtens auch pauschalieren. Und dann hat man die Frage, die Stefan gehabt, zu hoch, zu niedrig, Das ist dann.

00:59:38 Prof. Dr. Michael Opielka
Ein politischer Aushandlungsprozess. Vielleicht darf ich noch eine Anmerkung mal einen kleinen Werbetrailer. Wolfgang Strem und Kuhnig haben diese Woche einen Podcast veröffentlicht zum Thema Was braucht der Mensch? Kann man ruhig empfehlen, weil da haben wir das Pauschalierung noch mal retrospektiv betrachtet. Es ist ja wirklich interessant für die Jüngeren unter Ihnen hier. Früher war das ja nicht so, das Sozialhilfegesetz sah ja keine Pauschalierung im Großen und Ganzen vor, sondern sehr fallbezogene, fallbezogene Ausgabenmanagement. Und das ist natürlich schon mal geändert worden in den er Jahren in der Berechnung, dann später noch mal in der HART Reform. Sollte man nicht ganz vergessen, es gab solche Schritte schon. Wir sind jetzt

nicht im Neuland dabei. Okay, wenn es jetzt hiermit aus dem Panel vorne die Überlegungen waren dann ringfrei. Wer möchte, wenn Sie was sagen, müssen Sie eine kräftige Stimme haben oder vorkommen? Ja, legen Sie los da hinten. Ich habe eine kräftige Stimme. Gut, dann ist gut. Ich habe.

01:00:35 Prof. Dr. Constanze Janda
Eine Frage zum politischen Prozess, den Sie dargestellt haben und auch der Frage besonders, was der Ausschluss der Wohlfahrtsverbände aus den Kommissionsarbeiten eigentlich bedeutet oder wie nachhaltig der wirkt. Frau Jana hatte die Zusammensetzung der Rentenkommission auch so schön dargestellt, in der die Wohlfahrtsverbände nicht beteiligt waren. Das hatte Frank Röhlmeier in einem Text so schön verdichtet zu der Beobachtung, dass wir da regieren, die ja Kommissionen erleben also einen Kanzler, der sozusagen den Staat betriebsförmig führt und der sagt, das ist eine Kommission, ist so eine Art Executive Board, da tue ich welche aus der Politik mit rein und dann bringen wir das hintereinander durch. Das haben wir ja immer wieder erlebt in den Interviews zu diesen Kommissionen. Die Ministerien haben immer betont, das was da rauskommt, das bringen wir im politischen Prozess jetzt auch durch. Also das wird dann auch ins Gesetz geschrieben und das schließt den kann man politikwissenschaftlich aus unterschiedlicher Perspektive problematisch finden, aber das schließt ja auch die Möglichkeit, so alternative Konzepte über die Zivilgesellschaft reinzubringen in den politischen Prozess. Und ich frage mich deswegen zum einen aus der Insider Perspektive, wie Sie die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden auch über Hewings erlebt haben und zum anderen fand vielleicht dein Plädoyer war ja so gute Vorschläge wie dieses hier auch über die Zivilgesellschaft einzubringen. Wie nachhaltig verschließen sich da gerade Räume dadurch, dass Wohlfahrtsverbände ja nicht nur bei den Kommissionen, aber auch an anderen Stellen so stark zurückgedrängt werden aus dem politischen Prozess?

01:02:08 Prof. Dr. Michael Opielka
Ist es jetzt ein Beitrag, auf den jemand was hier vorne sagen soll oder ist es was zum allgemeinen Nachdenken will was dazu sagen? Ich frage.

01:02:18 Prof. Dr. Constanze Janda
Mich, macht das Mikrofon überhaupt was lauter.

01:02:20 Prof. Dr. Michael Opielka
Hört man überhaupt keinen Sinn? Sinnloses Halten hier. Okay, wir legen es auf die.

01:02:26 Prof. Dr. Constanze Janda
Seite. Sie hatten ja gefragt, wie ich das erlebt habe, dass keine Partner oder Wohlfahrtsverbände in der Kommission waren. Also wir hatten natürlich ein Kommissionsmitglied aus dem Caritasverband oder zumindest ehemals, der diese Perspektive eingebracht hat. Und wir haben uns in den Hearings tatsächlich auf die

wissenschaftliche Expertise und die Sozialpartner fokussiert und haben die Wohlfahrtsverbände und auch andere Interessenverbände schriftlich angehört, damit wir die Perspektive wahrnehmen können, ohne die wenige Zeit. Ein halbes Jahr klingt viel, aber es war sehr wenig Zeit. Und wir hatten denen dann quasi, damit wir nicht die fertigen Positionspapiere von immer bekommen, einen Fragenkatalog geschickt und haben das dann so auf diese Art und Weise einbezogen. Aber tatsächlich gebe Ihnen recht, es wäre etwas facettenreicheres Diskussionsbild geworden, wenn wir sie hätten in der Kommission vertreten gehabt. Allerdings muss man auch das Dilemma sehen bei den Sozialpartnern, vielleicht die Gefahr, dass man sich dann auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigt, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften drin sitzen als these im Raum. Können wir mal.

01:03:35 Prof. Dr. Michael Opielka
Die Folie machen von der Runde her. Okay, Entschuldigung. Ja, danke, danke. Entschuldigung, fra Ich muss mich gerade nochmal um die Folien kümmern. So ja, aber die Wohlfahrtsverbände muss hinzufügen, wenn wir jetzt die Gewerkschaften hier hätten oder haben wir hier sehr gut. Frank, leg los. Ja, also mit.

01:03:57 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Den Kommissionen ist es sehr unterschiedlich. Die Alterssicherungskommission ist sehr besonders, weil Abgeordneten dabei gewesen sind. Sowas gibt es eigentlich im normalen Kommissionsgeschäft nicht. Gibt ENCAT Kommissionen, aber die sind im Parlament. In den zurückliegenden Schröderzeit gab es Kommission, wo man dann eine Anzahl von 26 Leuten aus Wissenschaftlern, Verbänden und dergleichen hatte. Und da war das dann auch so, dass im Grunde genommen die Verbandsvertreter, Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten je eine Person, die wurden minorisiert. Da gab es noch Minderheitenvoten. Eines Geheimnisses ist ja, dass man Minderheitenvoten nicht mehr zulässt, sondern nur noch Zustimmung zum Gesamtgutachten oder nicht. Und wenn dann danach direkt gesagt wird, wir setzen das um, ist unabhängig, also ganz vorsichtig, was ich jetzt sage, unabhängig von dem, was die Beteiligten da machen, ist es natürlich eine politische Nutzung, die bedeutet, dass man nicht in einem Verbände nur um die Alternative zu sagen, was bei Schröder schon eine Rolle spielte. Etwas davor hat er den umgekehrten Versuch gemacht, Konzertierte Aktion Bündnis für Arbeit, alle an einem Tisch. Bertelsmann Stiftung hat das organisiert, die hatte ich vorhin bei den Stiftungen jetzt nicht unbedingt gemeint, aber das war damals so, die alles organisiert hat. Und da hat man dann versucht mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Untergruppen ein Ergebnis zu finden und das ist ganz schwer nur gelungen. Und dann, als das nicht klappte, hat man dann umgestellt auf Kommissionen, wo dann Gewerkschaften und so weiter keine Rolle spielen. Da gibt es noch ein paar andere Umgehungsformen, aber die Wohlfahrtsverbände sind also sehr selten dabei. Und das ist im Unterschied zu den Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegt, liegt das auch daran, dass es eben 6 sind und sie haben eine Bundesarbeitsgemeinschaft für die freigemeindützige Wohlfahrtspflege und die ist nicht

als Lobbyist aktionsfähig und das bewusst, weil keine der sechs oder nicht alle der sechs Wohlfahrtsverbände die Macht dorthin schieben möchten. Und das ist der Hauptgrund liegt nicht auf der Seite der Ministerien, sondern auch auf Seiten der.

01:06:29 Prof. Dr. Michael Opielka
Wohlfahrtsverbände. Ja, wir haben drei weitere weitere Meldungen, Kollege Wolfgang Strebern Kuhn, dann Klaus Uwe, Gert und Ulrich Müttenberger. Ich wollte.

01:06:38 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Auch noch mal kurz was ergänzen zu dem, was Frank gesagt hat, also zu der Frage Beteiligung in Kommission hat Frank, glaube ich, alles Richtige gesagt, das ist eher schwierig, aber gerade für dem, was in deinem Vortrag zivil gesellschaftlicher Prozess spielen die Wohlfahrtsverbände natürlich eine wahnsinnig wichtige Rolle. Ich sehe ja vorne Michael David, der bei der Diakonie ein Konzept mitentwickelt hat, ganz ähnlich wie wir das gemacht haben in ganz anderen Diskussionsprozessen mit anderen Ergebnissen, aber der Austausch ist da enorm wichtig und vor allen Dingen, was ich wichtig finde, ist der Austausch zwischen Wissenschaft und Wohlfahrtsverbänden. Das ist, glaube ich, eine sehr fruchtbare Kombination, weiß ich aus vielfacher Erfahrung.

01:07:22 Prof. Dr. Michael Opielka
Von politischen Diskussionen. Danke. Klaus Uwe Gerhard.

01:07:27 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Hier vorne, also ihr habt ja zwei Studien veröffentlicht zu diesem Modell EST.

01:07:37 Prof. Dr. Michael Opielka
2025.

01:07:38 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
2026 Ich habe das jetzt so gelesen, dass die zweite Studie im Prinzip eine Rücknahme der ursprünglichen Thesen gewesen ist.

01:07:52 Prof. Dr. Michael Opielka
Habe ich das richtig veraus? Uwe Kann ich schon mal nachlesen. Ich habe sie dabei. Okay, natürlich keine Rücknahme, sondern ganz kurz. Doch eine Anlage muss man doch zum Prozess machen, weil das nicht ganz verständlich ist. Die Studie haben wir vor einem Jahr veröffentlicht, dank des Diffis veröffentlicht, wir haben es auch auf dem TIS Forum in Leipzig kurz vorgestellt, da waren wir aber selber noch frisch vom Schreiben und haben das vielleicht noch nicht so richtig verständlich vorgestellt, Also ich jedenfalls nicht, ihr schon, aber ich finde unser Modell ist nicht schwierig, aber doch schwierig. Da muss ich schon sagen, weil das Leben so kompliziert ist, das System ist so kompliziert. Und daraufhin hat sich die Lösung ergeben, dass wir zwei Workshops gemacht haben, jetzt im

Juni und im Juli, jeweils Online Workshops mit vielen Beteiligten aus verschiedenen Kreisen, die wir ausgewertet haben. Und die Studie 2 ist der Versuch, die beiden Workshops, also die haben sie dokumentiert, anhand der Studie sind die beiden Workshops, Dokumentationen dokumentiert und vorneweg haben wir uns hingesetzt nochmal, was heißt das eigentlich, was wir auch vor dem Hintergrund von KSR Kommission, weil die ist erst im Januar veröffentlicht worden, die kannten wir noch gar nicht, als wir die erste Studie gemacht haben. Und dann so, das ist der Stand. Also wir haben nichts zurückgenommen, Wir haben sogar in der Zwischenzeit, das kennen Sie jetzt hier alle nicht, aber wir kennen das, wir haben uns überlegt, jetzt haben wir vergessen, uns mit der Kommission zur Alterssicherung zu beschäftigen, Das haben wir einfach nicht gemacht, das haben wir vergessen, also vor lauter anderen Sachen. Und da haben wir jetzt ein bisschen nachgeholt. Also wir sind ja auch nicht blöd. Also das ist schon ein komplexes System. Wir nehmen nichts zurück, ne, auf keinen Fall. Aber wir versuchen es präziser zu machen, weil wir gelernt haben. Das war schon ein sehr interessanter Prozess mit den Kolleginnen und Kollegen, die sie beteiligt haben, weil einige waren ja auch die Anwesenden dabei. Ich fand es äußerst interessant, jeweils zwei ganze, fast ganze Tage sehr, sehr inspirierend als erste Antwort. OK, Entschuldigung, das ist jetzt so Nachfragen, Aber wir haben noch Ulrich Mückenberger. Ulrich, bitte. Ja, ich wollte nochmal.

01:09:57 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Dazu zu diesem Beteiligungsaspekt nochmal etwas sagen.

01:10:01 Prof. Dr. Michael Opielka
Es gibt da meiner Ansicht nach idealtypisch.

01:10:03 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Zwei unterschiedliche Modelle, die auch praktiziert worden sind. Das eine ist ein Multistakeholder Modell, wo gerade Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände und so weiter reingenommen werden. Und das andere ist das Kommissionsmodell, was eine engere Gruppierung von Verantwortlichen enthält und damit ist meistens verbunden. Diese Multistakeholder Modelle, das werde ich morgen an dem Optionszeiten Modell übrigens konkret veranschaulichen, die sind im Allgemeinen ohne Mandat und am Ende, also ich spreche jetzt auch mal etwa von Bürgerräten und am Ende ist auch vollkommen unklar, was aus dem Ergebnis wird, wer sie in sich natürlich repräsentativer sind für das Volk als diese Amtsträgerkommission, die natürlich ein Mandat haben und im Allgemeinen auch eine Aussicht haben, dass das Ergebnis der Beratung etwas wird, praktisch wird. Ich finde dazwischen, das darf nicht bei dieser Dichotomie bleiben. Dann wird nämlich insbesondere die Zivilgesellschaft nur noch so na,.

01:11:29 Prof. Dr. Michael Opielka
Die wird auch angehört oder kriegt noch.

01:11:32 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Mal schriftliche Stellungnahmen. Wir haben das bei dem Optionszeitenmodell, Die Verbandsvertreter der Wohlfahrtsverbände, die haben auch einen völlig anderen Stil zu argumentieren, die sind manchmal völlig fantasiebereit und so weiter, was dann bei den eher Amtsträgern sozusagen auf einen großen Vorbehalt dürft.

01:12:01 Prof. Dr. Michael Opielka
Das muss ich vermitteln. Ja, danke sehr. Wir warten auf das Dritte. Das Dritte, die Dialektik kommt hinter meinen Kollegen Holger Bacus Maul, der hat sich gemeldet. Ist es noch gültig? Sie hat ein Leg los bis dran. Ja,.

01:12:16 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Das ist interessant,.

01:12:17 Dr. Stefan Bach
Dass es zwischen dem Präsidium und dem.

01:12:19 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Volk so eine Einigkeit gibt, so eine zarte Sehnsucht nach Wohlfahrtsverbindung, ein Begriff, den wir vor Jahren so gar nicht mehr.

01:12:26 Dr. Stefan Bach
Haben, weil es ja auch ein bisschen.

01:12:27 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Altbacken war, staubig und verbraucht. Und ich hatte gedacht, jetzt bei Frank Aufschlag Zivilgesellschaft, jetzt käme etwas ganz Neues im Sinne von mich, also neue Subsidiarität und so ein bisschen Zivilgesellschaft moderner, aber da auch alte Verbände subsidiaritiert. Also die untergegangenen Milieus präsentieren demokratietheoretisch Hochheikel sind. Also da zu sagen, das wäre jetzt da wünscht Zivilgesellschaft zornig wie Bürgerrecht, die auch eher.

01:13:02 Prof. Dr. Armin Grau. MdB
Wenig.

01:13:02 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Spannend sind. Also damit will ich nicht antworten. Es ist eine große Lücke bei Zivilgesellschaft. Wie will man beteiligen? Der Wunsch nach Detail, das in der Engagementbefragung ist stark ausgeprägt, aber wir haben gar keine Formen dafür. Also da ist eine große Lücke, die man nicht nachher alten Variante von sehr alten Verbänden jetzt die Sozialpartner sind vielleicht nicht die Antwort auf.

01:13:27 Prof. Dr. Michael Opielka
Ja Holger, danke vielmals für deinen Beitrag, der uns sozusagen demokratiepolitisch befragt, ohne direkt eine Antwort zu haben. Habe ich richtig rausgehört, weil das ist. Aber nein, aber ich versuche jetzt eine Antwort daraus zu diskutieren, nämlich in Bezug auf das lief jetzt auch. Ich glaube schon, dass die Wie kannst du Sozialpolitik demokratisieren im weitesten partizipativer organisieren? Diese Frage ist schon hochrelevant, die taucht jetzt ja in mehreren dieser Beiträge auf und in der Tat, man hat begrenzte, so euer Modell mit einem eher Grenzenauftrag. Die KSR, wir waren mal dabei, Land Nordrhein Westfalen hat zur KSR eigene Veranstaltungen gemacht, die waren schon ein bisschen bunter, da waren wir auch dabei gewesen, aber auch das ist natürlich im Ministerium begrenzt limitiert und du weißt auch nicht genau, was wer protokolliert, was nachher bei rauskommt, also wie man sowas organisiert. Also ich denke es ist vielleicht doch eine schöne Frage für euch nochmal an Steve, oder wie kann man das Ganze fluider machen? Wie kann man wirklich,.

01:14:29 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Da muss ich jetzt persönlich werden wir arbeiten in die sofo haben wir ein größeres Projekt, das von Holger geleitet wird, wo es darum geht, die Wohlfahrtsverbände und den Digitalisierungsprozess zu untersuchen und die inneren Strukturveränderungen. Da setzt man zunächst an bei den Spitzen der Wohlfahrtsverbände Wir haben zwei Workshops gemacht mit den Spitzen der Wohlfahrtsverbände. Insofern sind wir uns einig, auch in einem kleinen Unterbruch so ein bisschen beteiligt sind, dass man die nicht rauslassen soll. Ich bedauere, dass sie noch nicht einmal so stark sind wie die Sozialpartner in bestimmten Feldern. Früher hat man das unter Wohlfahrtskorporatismus genannt, aber das war eher auf der Ebene der Länder, dass da immer so Partnerschaften bis hin zu Wir kennen uns Geschichten waren und das hing dann mit der religiösen Orientierung des jeweiligen Landes auch zusammen und so weiter. Da ist eine Meldung und also die Bürgerräte, also die hätte ich jetzt auch nicht gemeint, muss ich ehrlich sagen, das kann man noch einbauen, aber das ist nur ein Teilelement.

01:15:52 Prof. Dr. Michael Opielka
Wir.

01:15:52 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Sind in einer politischen Lage, dass auf der anderen Seite in den Kommissionen Wissenschaftler das Kapitaldeckungsmodell im Zentrum haben, jetzt auch in der Pflegekommission, wo es am wenigsten Sinn macht. Also bei Alter völlig okay, kann man drüber reden, aber zum Beispiel betrieblich ist nicht diskutiert, ist ausgelagert worden in einen Sozialpartnerdialog, der jetzt erstmal abgesagt worden ist, obwohl es eine alternative Alternative wäre zur Kapitaldeckung durch Lebensversicherung etc. Der Bundestag hat gegen den Gesetzgeber, gegen die Regierung, gegen die eigene Regierung durchgesetzt, dass es bei dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der privaten Altersversorgung, dass es da ein öffentliches standardangebot macht. Ab 1.1 kann man

das buchen. Überall sehen sie die Werbeplakate und was gibt es nicht? Den öffentlichen Träger, den hätte man durch Rechtsverordnung benennen müssen. Das wird irgendwie blockiert, Weiß nicht, wer das ist, aber es macht keiner. Es will keiner oder es macht keiner. Jedenfalls hätte man das dekretieren müssen. Das sind so Dinge, dass jetzt eine stärker individualistische, für bestimmte Finanzdienstleistungsbereiche sinnvolle Reformen gefordert werden. Und da kann ich im Moment noch nicht den Mehrwert sehen auf Betroffenenvereinigungen oder tiefere Ebenen, dezentraler Ebenen, sowas stelle ich mir jetzt vor bei dem, was Holger Backhaus sagt, sondern da setze ich erstmal auf die traditionellen Verbände, auch vor dem Hintergrund der Überlegung, dass der Sozialstaatskoalition bedeutet, CDU, SPD müssen mindestens zusammenkommen und bei den jetzigen Mehrverhältnissen eine dritte, vierte Partei. Es müssen die Sozialpartner noch miteinander reden können, was sie im Moment auch kaum noch können und die Wohlfahrtsverbände müssen auch alle sechs Mal irgendwie in eine halbwegs ähnliche Richtung ziehen. Insofern bin.

01:17:48 Prof. Dr. Michael Opielka
Ich elitenzentriert. Absolut. OK, gut, wunderbar. Ja Leute, wir haben jetzt nicht mehr so viel Zeit. Wir haben noch drei Wortmeldungen, dann gibt es eine Schlussrunde und dann gehen wir bereichert hoffentlich nach Hause. Erste Meldung von Jannat. War das eine Meldung?

01:18:01 Prof. Dr. Constanze Janda
Ja, ich wollte auch quasi eigentlich die Gegenfrage stellen, wie das gelingen kann, weil mich das tatsächlich umtreibt. Also wenn wir die Bürger befragen oder irgendwie einbeziehen, sind das ja auch gewisse Teile, die sich engagieren. Jetzt gerade nicht die alleinerziehende Mutter, die wird keine Zeit haben. Ich gehe noch zu einem Gesprächskreis über was auch immer wahrscheinlich. Und es gibt doch, also während wir gearbeitet haben in der Rentenkommission, gab es auch so eine Studie, die Präferenz Einkommensersatzrate, wo man empirisch erhoben hat. Was hättet ihr denn gern, wenn ihr Rentner wärt? Ich habe mich gefragt, was ist die Aussagekraft dessen? Also klar, dann weiß ich, was die Versicherung wollen, aber wir wussten auch dafür gibt es das Geld nicht. Also einfach als Gegenfrage in.

01:18:44 Prof. Dr. Michael Opielka
Den Raum gestellt. Danke. Zwei weitere, Wolfgang Steinmann Kuhn und dann der Kollege hier.

01:18:48 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Vorne rechts, auch noch mal in Reaktion darauf, vielleicht auch mit dem Blick eines ehemaligen Bundestagsabgeordneten. Aber ich würde auch noch mal eine Lanze für die Bürgerräte brechen, weil ich finde das schon ein tolles Format. Also es gab ja einen Bürgerrat zum Thema Ernährung, die haben echt tolle Sachen entwickelt. Ist jetzt politisch

nicht eins zu eins umgesetzt worden. Das ist dann der Nachteil daran, aber das waren zufällig ausgewählte Leute. Da hat man dann nicht die üblichen Verdächtigen dabei. Also viel ich schon wichtig, auch als Diskussionsformat, aber nicht als einziges, vielleicht auch nicht als das Wichtigste, aber schon sollte mit dabei sein. Und dann hatte ich ja vorhin so eine Liste, wer alles beteiligt werden muss. Die kann man natürlich nicht alle in eine Kommission packen, aber die muss man alle mitdenken. Also ich war ganz überrascht bei der KSR, das war ja eine reine Exekutivkommission. Meine Erfahrung als Abgeordneter war, dass die Exekutive immer sehr strukturkonservativ ist und gar nicht bereit zu großen Veränderungen. Und dann wird da so ein großer Wurf relativ gesehen vorgelegt. Fand ich überraschend, Liegt aber auch daran, dass es dann bei den unterschiedlichen Akteuren, die dabei waren, auch unterschiedliche Drucksituationen gibt. Ich habe dann gelernt, insbesondere von den Kommunen und den Ländern, wie ich gelernt habe, manche Länder, aber zumindest von den kommen, dass sich was verändern muss. Also da ist so ein gewisses Zeitfenster da, aber die anderen darf man nicht vergessen dabei, wenn dann jemand querschiesst und da gibt es viele, die querschießen können, die muss man schon mit berücksichtigen. Also das Volk ist sehr divers und vielfältig, aber am Ende muss man schon auch in der Demokratie das Volk hinter sich haben. So, jetzt kommt.

01:20:33 Prof. Dr. Michael Opielka
Unser letzter Volksvertreter, aber persönliches Volk. Ja, Sie haben sich gemeldet. Ich kenne Ihren Namen nicht..

01:20:41 Marcus Buschkühl (TN)
Ich bin vom SPD Klimaforum Und wir sind eine Organisation von der Basis, von der Parteibasis. Wir sind vom Parteivorstand geduldet und wir versuchen Umweltpolitik in. Die Partei reinzubringen. Und wir haben 2023 einen Antrag auf Den Bundesparteitag gebracht zu einem integrierten Steuer Sozialsystem. Der ist seinerzeit in einem Paket nicht auf ein Partei behandelt worden, aber In die Bundestagsfraktion überwiesen worden. Und wer sich so ein bisschen auskennt, weiß Das so eine Beerdigung erster Klasse ist und dann haben wir beide nichts gehört davon. Ich weiß aber, dass die CDU
In den er Jahren ganzen Kongress gemacht hat. Zum integrierten Steuer und Sozialsystem gibt es ein dickes Buch drüber. Also mein Kritikpunkt ist, der Diskurs muss sehr breit in die Gesellschaft getragen werden, auch an die Parteibasis der demokratischen Parteien. Es hat mich sehr gefreut, das hat mich hierherGezogen, dieses Panel, dass das wissenschaftlich sozusagen auch gemacht hat.

01:22:01 Prof. Dr. Michael Opielka
Also dieses Votum war nicht bestellt von uns, will ich deutlich sagen. Aber wir danken trotzdem. Ganz herzlichen Dank. Wir sind jetzt halt, wir sind jetzt kurz vorm Schluss, aber jetzt darf jeder am Panel nochmal kurz einen netten Satz zum Schluss sagen, finde ich, oder? Ja, wer möchte anfangen? Die Dame zuerst jetzt. Da kann auch unnötiger Satz, da kann was Offenes hinein ins Offene irgendwas.

01:22:23 Prof. Dr. Constanze Janda
Nettes. Ja, also ich wünsche mir, dass die Diskussion weitergeht und möglichst breit getragen wird. Also ich wäre sehr gespannt, das Erlebnis zu eröffnen, dass es umgesetzt wird.

01:22:33 Prof. Dr. Michael Opielka
Da habe ich ja noch weniger Chancen. Danke, Frau Janda, Der nächste Wolfgang Du Ja,.

01:22:37 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Ich danke auch für die Diskussion, die zeigt, wir sind mitten in der Diskussion, die bei weitergehen muss, aber vielleicht anknüpfend an das letzte, also Überweisung an die Bundestagsfraktion. Annika Klose war jetzt sehr offen als Bundestagsabgeordnete. Also vielleicht kann man das noch mal aufnehmen, aber das ist auch meine Erfahrung aus dem politischen Prozess. Also wichtig sind so Prozesse, die halt von unten nach oben gehen und nicht von oben nach unten. Das ist immer ein bisschen schwieriger. Also wir werden da sicherlich beibleiben. Das DIFIS wird das weiter diskutieren und Sie, wenn Sie nach Hause gehen in Ihre Institution oder auch in Ihrem persönlichen Umfeld sicherlich auch. Und dann kriegen.

01:23:15 Prof. Dr. Michael Opielka
Wir was bewegt. Danke vielmals, Frank Nullmeier,.

01:23:19 Prof. Dr. Ulrich Mückenberger (TN)
Vielen Dank an euch drei, dass ihr wirklich die politische Diskussion geöffnet habt, nachdem die Hintergrundsicherung nichts geworden ist, neuen Twist gefunden haben, einen neuen Weg und die Diskussion so geöffnet haben, dass wir alle geholfen haben, dass wir neu nachdenken, ein bisschen offener als vorher. Vielen Dank.

01:23:41 Dr. Stefan Bach
Vielen Dank auch für die interessante Diskussion. Fenster der Gelegenheit wurde gerade gesagt. Ich habe auch den Eindruck, tatsächlich, da tut sich was auf bei der KSR Umwelt und wie du gerade gesagt hast, der Problemdruck ist mittlerweile so groß, dass wir da jetzt die Möglichkeit haben, was draus zu machen. Letzter Punkt noch, Stichwort Bürgerrat, kam mir auch so der Gedanke, parallel zur Alterssicherungskommission, hätte man den doch auch vielleicht machen können. Ich persönlich habe sehr gute Erfahrungen gemacht mit dem Bürgerrat, der von, ich glaube, Thyssenstiftung zum Steuersystem, Steuerfinanzsystem gemacht wurde, privat finanziert von Thyssen Stiftung, Netzwerksteuergerechtigkeit und Bund der Steuerzahler haben das sehr gut organisiert. Ich war auch mal als Experte mit dabei. Das waren tatsächlich zufällig ausgewählte Leute und ich könnte das sehen. Interessant, da sind auch ein paar ganz interessante Dinge bei rumgekommen. Natürlich, klar, das hat eine beratende Funktion, aber da könnte ich mir

vorstellen, dass das zumindest zur Alterssicherungskommission eigentlich ein interessantes Format gewesen wäre, was man parallel hätte dazu schalten können.

01:24:41 Prof. Dr. Michael Opielka
Vielen Dank für den allgemeinen Grundoptimismus. Gefällt mir gut. Danke auch noch mal hier erstmal an alle Panel Teilnehmer. Danke an Rebecca Schrader, die uns bei der Organisation sehr geholfen hat. Danke Ihnen allen. Einen schönen Tag. Bis zum nächsten Mal.